

15. JAN. 1962



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31-33

Fernschreiber 0 880 890

F/DWK/12 - 15. Januar 1962

Nir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2

Eine Zurechnung

79

Unwillkürlicher Druck auf das Parlament

Von Heinrich C. Ritzoh, MdK, Mitglied des Haushaltsausschusses

3 - 4

Europäische Sozialcharta

59

Ein bedeutungsvolles Werk des Europarates

Von Fernand Georges (Straßburg)

4

Antritt zum letzten Versuch

51

Zum Parteitag der gesamtdeutschen Partei

5 - 6

Im Hintergrund der dritte Block

67

Zu den neuen Biserotverhandlungen

7

Überraschung für die CSU

25

SPD-Sieg in Niederbayern

7

Meratereinter von weniger als 20 Mark

16

Unzulänglichkeiten in der Sozialpolitik

\* \* \*

\* \*

Eine Zumutung

Von Heinrich G. Ritzel, MdB, Mitglied des Haushaltsausschusses

Der Sprecher der Bundesregierung, Staatssekretär von Eckardt, hat die Erwartung ausgesprochen, daß der - von der Bundesregierung noch nicht einmal festgestellte - Haushaltsplan 1962 mit einer Endsumme von 55 bis 56 Milliarden DM, also mit 7 - 8 Milliarden DM mehr als im Vorjahr, noch bis zu den Osterferien des Parlaments verabschiedet werden soll. Die Bundesregierung setzt damit den Bundestag unter einen unzulässigen Druck. Wenn der Entwurf des Bundeshaushaltsplanes 1962 von der Bundesregierung am Mittwoch, den 24. Januar verabschiedet wird, dann stellt die Regierung damit im wesentlichen einen Haushaltsplan fest, der schon von dem früheren Kabinett unter Finanzminister Eitel vorbereitet wurde. Die Bundesregierung hat sich seit der Regierungsbildung bis jetzt Zeit gelassen und will den Etat, der vor den neuen Finanzminister und seinen Räten gründlich durchgesprochen wurde, erst am 24. Januar im Entwurf beschließen. Dann muß der Etat den Bundesrat vorgelegt werden, der gesetzlich drei Wochen Zeit hat, ihn zu beraten. Erst dann, also Mitte Februar, kann der Etat frühestens im Plenum des Bundestages vorgelegt werden. Es kann dem Bundestag nicht benommen werden, 1 - 2 Tage seiner Etatberatung zu widmen, ehe der Entwurf an den Haushaltsausschuß verwiesen wird.

Verantwortungsbewußte Beratung unmöglich

Der Haushaltsausschuß hat damit bestenfalls 6 - 7 Wochen Zeit, um die Beratung eines Haushaltes von rund 55 000 Millionen DM in seinen Einzelheiten durchzuführen, dies aber auch nur unter der Voraussetzung, daß die Ausschußmitglieder an keinen Plenarsitzungen teilnehmen und praktisch ununterbrochen bis Ostern ihren Wahlkreisen fernbleiben, sowie ihre übrigen Funktionen vernachlässigen. Selbst dann aber kann von einer verantwortungsbewußten Etatberatung im Haushaltsausschuß nicht gesprochen werden. Ist der Haushaltsausschuß nach Inanspruchnahme der Sitzungsfreien Woche vom 1. bis 7. April und in der theoretischen Voraussetzung, in der Fastenachtswoche in Bonn voll arbeiten zu können, seinerseits mit der Beratung fertig, dann benötigt die Drucklegung des Haushaltes mindestens eine Woche, so daß nach Funktionsberatungen und nach notwendigen Beratungen in Arbeitskreisen günstigenfalls für die Plenarberatung 2 - 3 Tage vor der Osterpause des Bundestages zur Verfügung stünden. Man sollte angesichts der Größenordnung des Haushaltes unter solchen Voraussetzungen nicht davon sprechen, daß eine gründliche und verantwortungsbewußte Beratung in dieser Zeit möglich wäre.

Dem Parlament kann nicht versagt werden, sich erneut mit den bisherigen Ansätzen und dem offensichtlich auf uns zukommenden Ausgabesteigerungen kritisch auseinanderzusetzen. Die Verteidigungslasten sollen auf 15 Milliarden DM steigen. In ihrem Rahmen und hoffentlich

nicht außerhalb desselben soll die Minanzhilfe für Groß-Britannien mit etwa 450 Millionen DM untergebracht werden. Die Pariser Verhandlungen werden wegen der Eingliederung der deutschen Landwirtschaft in den Gemeinsamen Markt entgegen früheren Ankündigungen offensichtlich größere Subventionen für die Landwirtschaft erbringen. Sozialleistungen, Entwicklungshilfe, Fragen des passiven Luftschutzes und tausend andere Probleme erfordern die volle Aufmerksamkeit der Volksvertretung und des Haushaltsausschusses.

### Folgen der späten Regierungsbildung

Die Verantwortung für die Verzögerung bei Verabschiedung des Etats 1962 kann keinesfalls dem Parlament zugeschoben werden. Die Bundesregierung war verpflichtet, nach Artikel 110, Abs. 2 des Grundgesetzes die Voraussetzungen dafür zu schaffen, den Haushaltsplan vor Beginn des Rechnungsjahres durch Gesetz feststellen zu lassen. Man wird wegen der Verzögerung, die letzten Endes eine Folge der verzögerten Regierungsbildung ist, keine unbilligen Vorwürfe erheben, aber man sollte vom Deutschen Bundestag nicht verlangen, daß er seinerseits unbeschweren akzeptiert, was die Bundesregierung vorschlägt. Das ist weder mit der Würde, noch mit dem Verantwortungsbewußtsein des Parlaments, noch mit den Bestimmungen des Grundgesetzes zu vereinbaren. Die Regierung wird eher für einen längeren Zeitraum als sie es heute wünscht, von Artikel 112 des Grundgesetzes Gebrauch machen müssen, wonach sie durch das Gesetz ermächtigt ist, bis zum Inkrafttreten des neuen Haushaltsplanes alle Ausgaben zu leisten, die nötig sind, um gesetzlich bestehende Einrichtungen zu erhalten und gesetzlich beschlossene Maßnahmen durchzuführen, um die rechtlich begründeten Verpflichtungen des Bundes zu erfüllen, um Bauten, Beschaffungen und sonstige Leistungen fortzusetzen oder Beihilfen für diesen Zweck weiter zu gewähren, sofern durch den Bundeshaushaltsplan des Vorjahres bereits Beträge bewilligt worden sind.

Daß die Regierung nicht genötigt sein wird, bis zur Verabschiedung des Haushalts durch den Bundestag Kredite aufzunehmen, um die Bundesausgaben zu decken, darf nach der Kassenlage des Bundes als sicher angenommen werden, aber selbst, wenn dem nicht so wäre, würde die Regierung auf Grund der Bestimmungen des Artikels 111 Abs. 2 GG sich ebenfalls helfen können. Diese Auswege sind gewiß nicht schön, aber ihre Anwendung wiegt leichter als eine oberflächliche und damit letzten Endes verantwortungslose Durchpeitschung des Haushaltsplanes 1962 durch Haushaltsausschuß und Bundestag.

## Europäische Sozialcharta

Von Ferrand Georges (Straßburg)

Als "nicht perfekt" bezeichnet der belgische Sozialist Adolf Molter in einem Bericht an die Beratende Versammlung des Europarates die von den Regierungen in Turin unterzeichnete Europäische Sozialcharta. Den Darlegungen Molters ist zu entnehmen, daß die Regierungen den Vorschlägen der Parlamentarier erwartungsgemäß nur teilweise folgten. Lebhaft bedauert wird in diesem Bericht, der am 16. Januar von der Straßburger Beratenden Versammlung erörtert werden soll, insbesondere die Nichtbesetzung folgender Vorschläge:

1. Der Vorschlag, die schrittweise Einführung der 40-Stundenwoche zu einem Ziel der arbeitsrechtlichen Entwicklung in den sechzehn Europaratstaaten zu erklären, scheiterte an entschlossenen Widerstand mehrerer Regierungen. Diese vermochten sich nicht einmal zu einer mehr oder weniger verbindlichen Absichtserklärung durchzuringen. Innerhalb der sozialistischen Fraktion ist gerade diese Haltung mit besonderer Enttäuschung vermerkt worden.
2. Von grundsätzlicher Bedeutung war ferner die von der Beratenden Versammlung erhobene Forderung, es den Unterzeichnerstaaten nicht zu überlassen, lediglich die Artikel ihrer Wahl zu ratifizieren, sondern diese auf einen Kern gemeinsamer Verpflichtungen festzulegen. Dieser Kern sollte u.a. die Bestimmungen der Europäischen Sozialcharta über das Recht auf Arbeit, gerechte Arbeitsbedingungen, Koalitionsfreiheit, Kollektivverhandlungen und soziale Sicherheit umfassen. Auch diesen Verlangen der Parlamentarier wurde lediglich in einer Form entsprochen, die es als fraglich erscheinen läßt, ob überhaupt ein Kern gemeinsamer arbeitsrechtlicher Verpflichtungen der sechzehn Staaten zustandekommen wird. Dessen Zustandekommen erscheint umso fraglicher, als auch die Frist von fünf Jahren entfiel, innerhalb deren alle Bestimmungen der Charta für die ratifizierenden Staaten verbindlich werden sollten.

Trotz dieser offensichtlichen Mängel der unterzeichneten Texte endete das innerlich zehn Jahre dauernde Tauziehen zwischen den Parlamentariern und dem Ministerkomitee des Europarates als Gleichgewicht. Trotz anfänglicher, erheblicher Widerstände der Regierungen und Unternehmerverbände anerkennt die am 18. Oktober 1961 von dreizehn Mitgliedstaaten unterzeichnete Sozialcharta insbesondere das erstmalige durch ein internationales Abkommen vererkerte Recht der Arbeitnehmer, bei Interessenkonflikten in Streik zu treten. Die Verwirklichung und Erhaltung der Vollbeschäftigung wird als ein Hauptziel der Europa-

staaten anerkannt. Schließlich wurde dem Verlangen zur Schaffung wirkungsvoller nationaler Inspektionssysteme entsprochen, ohne welche die Einhaltung der in der Charta festgelegten Normen in Frage gestellt würde. Die Beratende Versammlung selbst wurde in die Kontrolle über die Durchführung der Bestimmungen eingeschaltet. Das Ministerkomitee wird, ohne durch eine Einstimmigkeitsklausel behindert zu sein, mit Zweidrittelmehrheit beschließen können, Empfehlungen über die Durchführung der Charta an widerspenstige und rückwärtige Mitgliedsstaaten zu richten.

Trotz der geäußerten Bedenken bezeichnet der unter dem Vorsitz des österreichischen Sozialisten Peter Strasser stehende Sozialausschuß der Beratenden Versammlung die Charta nunmehr als "eines der bedeutungsvollsten Werke des Europarates". Sofortziel sollte deren Ratifizierung durch eine große Anzahl von Mitgliedsstaaten sein. Für einen späteren Zeitpunkt behält die Beratende Versammlung sich das Recht vor, Verbesserungen vorzuschlagen. Keinerlei Vorwände des Ministerkomitees und seiner Bürokratie können dieses in der Sitzung des Europarates verankerte Recht der europäischen Parlamentarier in Frage stellen.

\* \* \*

#### Antritt zum letzten Versuch

sp - Mit hochgespannten Erwartungen war die aus der Fusion BHE-Deutsche Partei vor den Bundestagswahlen entstandene Gesamtdeutsche Partei (GP) zum Wettbewerb um die Erringung von Bundestagesitzen angetreten. Eine grausame Enttäuschung folgte. Die Fürde der Fünfprozentklausel erwies sich als unüberwindlich. Wenige Monate später zerfiel das unnatürliche Bündnis zwischen niedersächsischen konservativen Bauern und dem mehr der nationalen Parasitologie zugewandten BHE. Die ehemalige GP-Führung, soweit sie die Fusion überhaupt mitmachte, hielt sich zurück und hinterließ die führungslos gewordenen und irritierten Anhänger dem Liebeswerben der CDU. Heinrich Heilwege, Gründer der GP und zeitweilige Ministerpräsident von Niedersachsen, wartet nur darauf, von der CDU ins politische Leben zurückgerufen zu werden.

Was bleibt nun übrig von der gesamtdeutschen Partei? Ein Torso, ein zum Absterben verurteiltes, politisches Gebilde? Die bisherigen Vorsitzenden, der frühere Bundestagsabgeordnete Herbert Schneider und Frank Seiboth haben auf dem in einem Göttinger Auslandsdialekt am letzten Wochenende abgehaltenen Parteitag ihre Ämter niedergelegt. Sie überließen den Vorsitz dem niedersächsischen Landesminister Ahrens. Unter neuer Führung will sich diese Partei mit ihren angeblichen 18000 Mitgliedern den diesjährigen Kommunalwahlen und in einigen Länderwahlen stellen. Viel Hoffnung, die spektakuläre Niederlage von 17. September überwinden zu können, scheint freilich nicht vorhanden zu sein. Über den Beratungen des Parteitages lag düstere Melancholie, die in dem Satz ihren Ausdruck fand: wenn es diesmal nicht gelänge, dann sei wohl die Stunde des endgültigen Verzichts gekommen. Und der Grund für diese Resignation? Es sind nicht nur die persönlichen Rivalitäten, die zum unaufhaltsamen Kräfteverfall der "Gesamtdeutschen" führten, noch ausschlaggebender dafür dürften die in Negativen beruhende Programmlosigkeit dieser Partei sein. Mit dem Aufwachen von Ressentiments und Gefühlslagen, für die die heutige Zeit kaum noch ansprechbar ist, läßt sich eben keine politische Zukunft sichern.

Im Hintergrund der dritte BlockZu den neuen Bisertaverhandlungen

(Hl.) - Wird die pelastähnliche Pariser Botschaft in Tunis, seit Juli 1961 geschlossen und mit einem "Schutzbrief der Schweizer Republik" versehen, wieder geöffnet werden? Wird die schon im Jahre 1960, also vor zwei Jahren vom Präsidenten von Tunis, Bourguiba, an de Gaulle gerichtete Forderung, den noch französisch besetzten tunesischen Mittelmeerhafen Biserta freizugeben, in den erneuten Verhandlungen Erfüllung finden? Für eine Regelung des Konfliktes zwischen Tunis und Paris spricht auf tunesischer Seite, daß er für Tunesien zu einer latenten Wirtschaftskrise geführt hat und daß man mit einem Zehnjahresplan beginnen will, der nicht nur die Krise beseitigen, sondern auch die tunesische Wirtschaft ausweiten und modernisieren soll. Politisch sucht Tunesien ein friedliches Verhältnis zum Westen nicht nur wegen einer gewissen Spannung mit Marokko und Ägypten, sondern ebenso als Abwehr gegen die Versuche der kommunistischen Welt, Tunesien in den Rahmen des Ostblocks einzuspannen. Auf französischer Seite hat die Beschränkung des Außenhandels mit Tunesien und die seit der blutigen Bisertaauseinandersetzung im Frühjahr 1961 von der tunesischen Regierung vollzogene Beschränkung der Tätigkeit der sehr starken französischen Wirtschaftsgruppe in Tunesien zu empfindlichen Verlusten geführt. Politisch dürfte die Mehrung der Attentate in Algier und die putschhysterne Gegnerschaft der Algerienfranzosen gegen de Gaulle diesem es ratsam erscheinen lassen, mit dem Nachbar Algiers wieder bessere Beziehungen herzustellen.

Ein friedlicher Ausgleich zwischen Paris und Tunis liegt jedoch nicht nur im Interesse dieser beiden Staaten. Er würde für ganz Europa und für alle NATO-Staaten die Beseitigung eines Krisenherdes bedeuten. Die Vereinigten Staaten und Großbritannien haben das erkannt.

Sie haben alles getan, was geeignet war, die Regierung in Tunis davon zu überzeugen, daß sie nicht einseitig den französischen Standpunkt unterstützen. Washington, das schon seit Ende des Weltkrieges der tunesischen Selbständigkeitsbewegung politische und wirtschaftliche Hilfestellung gab, blieb bei dieser Haltung. London übte kluge

Zurückhaltung. Die Bundesrepublik, bzw. ihre CDU-Regierung, arbeitete weniger glücklich. Auf jeden Fall verletzte es das Selbstbewußtsein der aufstrebenden arabischen Nation, daß man die bundesdeutsche Vertretung in Tunis dazu benützte, Herren, die in größeren Staaten durch geinliche Zwischenfälle aufgefallen waren, Leute, die durch ihre aktive Mitgliedschaft in der nazistischen Bewegung in den Auswärtigen Dienst gekommen waren oder hohe Beamte der separatistischen Saarregierung Hoffmanns in einen "Kleinstaat" abzuschieben.

#### Moskau abgeblitzt

Daß Tunis, trotz seiner nur knapp 4 Millionen Einwohner, durch seine Nähe zu Italien, durch den höheren technischen Stand und die Bereitschaft zur Aufnahme sozialer Bestrebungen eine besondere Beachtung verdiente, erkannten solche Staaten, die eine eigene Stellung in der Weltpolitik anstreben, wie Schweden und vor allem Jugoslawien. Politisch zurückhaltend, aber wirtschaftlich und sozial stets als Lehrer und Helfer zur Stelle, übt Jugoslawien einen recht großen freundschaftlichen Einfluß in Tunesien aus. Ausarbeitung und Durchführung des Zehnjahresplanes liegen in den Händen eines ehemaligen Mitgliedes des Generalsekretariates des EBCG, Ahmed Ben Salah. Er hat gewerkschaftliche und genossenschaftliche Formen sowohl von Nordeuropa wie von Jugoslawien übernommen. Abgelehnt wird Moskau. Erst im Laufe des Eisertaktenfliktes wurde - wohl als drohende Mahnung an Paris - eine sowjetische Botschaft in Tunis zugelassen. Aber deren Handieren - z.B. eine Kasernierung ihrer Mitglieder in von der Botschaft genieteten und überwachten Nachbarhäusern - stießen ab. Die grobe politische Propaganda, welche die Satelliten Moskaus, die DDR und die Tschechoslowakei, auf der Internationalen Messe im Oktober 1961 betrieben, verletzte die tunesische Mentalität.

Tunis wünscht, zu den sozial eingestellten Ländern jenseits der beiden Machtblöcke gehört zu werden. Auch die Zwistigkeiten mit der algerischen Exilregierung haben hier ihren Hintergrund. Berücksichtigt Paris - und die Übrigen an einer friedlichen Regelung der Eisertaffrage Interessierter Staaten - die neutrale Tendenz, so könnten nicht nur die Verhandlungen in Paris erfolgreich verlaufen, es würden auch die Versuche scheitern, Tunesien für den Ostblock zu gewinnen und aus Eiserts einen Vorposten der kommunistischen Welt in Mittelmeer zu machen.

### Überraschung für die CSU

J.T. - In direkter Wahl wählte am vergangenen Sonntag die Stadt Deggen Dorf in Niederbayern den Sozialdemokraten und bisherigen dritten Bürgermeister der Stadt, Berthold Heckscher, zu ihrem Oberbürgermeister. Die Wahl war durch den Tod des im Herbst des vergangenen Jahres verstorbenen CSU-Oberbürgermeisters, Josef Kroiss, notwendig geworden. Die CSU, die in Deggen Dorf ihre ganze Prominenz aufmarschieren ließ, um den einzigen Oberbürgermeisterstuhl, den sie in Niederbayern noch besaß, wiederzugewinnen, erlitt damit einen schweren Verlust, der angesichts der im November stattfindenden Landtagswahl als eine harte Prestigeinbuße bewertet wird. Schon bei der letzten Stadtratswahl im März 1960 erlitt die CSU in diesem Bezirk eine bittere Niederlage, als in Regensburg und Straubing, den einstmaligen Hochburgen der CSU, Sozialdemokraten haushoch zu Oberbürgermeistern gewählt wurden. In Deggen Dorf war es übrigens, wo Willy Brandt bei seiner Informationsreise im Bundeswahlkampf auf Betreibern der CSU nicht wie in allen anderen Gemeinden und Städten Niederbayerns, die er besuchte, offiziell empfangen wurde. Um so schmerzlicher ist für die CSU die nur erhaltene Quittung. Der neue Oberbürgermeister von Deggen Dorf ist 44 Jahre alt, gehört dem Stadtrat seit 1956 an und war seit 1956 dritter Bürgermeister der Stadt. Daß sich auch die Wähler Bayerns zunehmend nach politischen und weniger nach rein weltanschaulichen Maßstäben entscheiden, beweist die Tatsache, daß mit Berthold Heckscher in der überwiegend katholischen Stadt ein Protestant zum Oberbürgermeister gewählt worden ist.

\* \* \*

### Monatsrenten von weniger als 20 Mark

"Wir haben heute Renten, die in keinem Verhältnis stehen zu der wirtschaftlichen Entwicklung. - Ich selbst habe festgestellt, daß in der Invalidenversicherung im Jahre 1960 rund 15 000 versicherte Männer und Frauen, rund 2500 Witwen und 1100 Waisen eine Monatsrente von weniger als 20 DM erhalten. Das ist die Folge der Rentenreform, durch welche die Mindestrenten, die wir früher hatten, abgeschafft worden sind. Es gibt auch heute noch Monatsrenten unter fünf Mark. Mir wurde berichtet, daß sogar eine Rente gezahlt wird in Hessen, glaube ich, von 1,80 Mark im Monat. Dabei ist zu bedenken, daß sich das Vermögen der Rentenversicherungsträger in den letzten vier Jahren von neun auf 17 Milliarden DM erhöht hat, also fast verdoppelt. - Es ist unbedingt notwendig, daß die Mindestrente über den Sätzen liegt, die das Sozialhilfegesetz zahlt. -"

Dr. Horst Schicks, bisheriger Präsident des Landessozialgerichtes Hessen in einem Gespräch mit dem Hessischen Rundfunk.

\* \* \*